

LANDTAG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



JAHRESBERICHT 2023

**DER DELEGATION BEI DER
PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG
DES EUROPARATS**

INHALTSVERZEICHNIS

I.	Einleitung	3
II.	Zusammensetzung der Delegation	3
III.	Allgemeines zur Institution Europarat	3
	1. Entstehung und Zusammensetzung	3
	2. Ziele	4
	3. Die wichtigsten Organe des Europarats	4
	4. Praktische Auswirkungen für Europa.....	6
	5. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)	6
	6. Liechtensteins Vorsitz im Ministerkomitee des Europarats	7
IV.	Sessionswochen der Parlamentarischen Versammlung im 2023	7
	1. Erste Sessionswoche vom 23. bis 27. Januar 2023	7
	2. Zweite Sessionswoche vom 24. bis 28. April 2023	10
	3. Ausserordentliche Sitzung des Ständigen Ausschusses am 15. Mai 2023 in Reykjavik	12
	4. Sitzung des Ständigen Ausschusses am 25. und 26. Mai 2023 in Riga	12
	5. Dritte Sessionswoche vom 19. bis 23. Juni 2023	13
	6. Vierte Sessionswoche vom 9. bis 13. Oktober 2023	16
	7. Besuch der Generalsekretärin des Europarats am 26. und 27. Oktober in Vaduz.....	20
	8. Sitzung des Ständigen Ausschusses am 27. und 28. November 2023 in Vaduz	20
V.	Zusammenarbeit.....	21
VI.	Kostenaufwand der Delegation	21
VII.	Weitere Informationsquellen	22
VIII.	Schlusswort und Antrag.....	22

I. Einleitung

Die Delegation vertritt den Landtag bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. In dieser Funktion nimmt sie an den ordentlichen Sessionen der Versammlung sowie an weiteren Aktivitäten, die ihm Rahmen der Parlamentarischen Versammlung des Europarats durchgeführt werden, teil. Gemäss Artikel 61 Absatz 7 der Geschäftsordnung für den Landtag vom 19. Dezember 2012 über die Ständigen Delegationen unterbreitet die Delegation dem Hohen Landtag ihren Jahresbericht 2023.

II. Zusammensetzung der Delegation

Die liechtensteinische Parlamentarierdelegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats wurde an der Eröffnungssitzung des Landtags am 24. März 2021 für die Mandatsperiode 2021 – 2025 neu gewählt. Sie setzt sich wie folgt zusammen:

- Abg. Franziska Hoop, Delegationsleiterin
- Abg. Peter Frick, Mitglied
- Stv. Abg. Hubert Büchel, Ersatzmitglied
- Stv. Abg. Thomas Hasler, Ersatzmitglied
- Sandra Gerber-Leuenberger, Delegationssekretärin

III. Allgemeines zur Institution Europarat

Der Europarat umfasst 46 Mitgliedstaaten. Darunter alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Liechtenstein wurde als 21. Mitglied am 23. November 1978 in den Europarat aufgenommen. Kanada, Israel und Mexiko haben einen «Beobachterstatus» bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. Den Status «Partner für Demokratie» haben Marokko, der palästinensische Nationalkongress, Kirgisistan und Jordanien. Bei den Partnern für Demokratie hilft der Europarat mit, ihre demokratischen Strukturen zu stärken beziehungsweise auf- und auszubauen. Das Ministerkomitee entschied am 16. März 2022, dass die Russische Föderation kein Mitglied des Europarats mehr ist.

Grundsätzlich kann jeder europäische Staat Mitglied des Europarats werden – vorausgesetzt, er akzeptiert das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und garantiert seinen Bürgern die Wahrung der Menschenrechte und demokratischen Grundfreiheiten.

1. Entstehung und Zusammensetzung

Der Europarat wurde 1949 gegründet und ist eine zwischenstaatliche politische Organisation. Er umfasst 46 pluralistische Demokratien und hat seinen ständigen Sitz im Palais de l'Europe in Strassburg. Diese supranationale Organisation repräsentiert derzeit eine Bevölkerung von 700 Millionen Menschen.

2. Ziele

- Verteidigung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten.
- Stärkung der demokratischen Stabilität Europas durch Reformen in Politik, Gesetzgebung und Verfassung.
- Die Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen, wie beispielsweise Diskriminierung von Minderheiten, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz, Bioethik, Terrorismus, Menschenhandel, Kriminalität und Korruption, Datennetzkriminalität, Umweltschutz, u.a.
- Entfaltung einer europäischen kulturellen Identität – eines europäischen Wir-Bewusstseins – insbesondere über den Weg der Bildung.

3. Die wichtigsten Organe des Europarats

Die Arbeit des Europarats stützt sich auf die folgenden drei Organe:

Das **Ministerkomitee** ist das Entscheidungsorgan des Europarats, das von den Aussenministern der Mitgliedstaaten beziehungsweise deren ständigen Vertretern gebildet wird. Es prüft, was auf die Empfehlungen der PV und des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas sowie auf Vorschläge der Regierungsexpertenausschüsse und der Fachkonferenzen hin geschehen soll. Es verabschiedet das Arbeitsprogramm und das Budget des Europarats und ist ein ständiges Forum für den politischen Meinungs austausch und die Willensbildung. Der Vorsitz im Ministerkomitee wechselt alle sechs Monate. Im Berichtsjahr übernahm Liechtenstein am 15. November den Vorsitz von Lettland. Davor hatte Island den Vorsitz von November 2022 bis Mai 2023 inne. Am 17. Mai 2024 wird der Vorsitz an Litauen übergeben.

Die **Parlamentarische Versammlung** ist das beratende Gremium des Europarats und besteht aus Abgeordneten der 46 nationalen Parlamente. Sie war die erste pan-europäische Versammlung in der Geschichte unseres Kontinents. Mit den Delegationen aus den nationalen Parlamenten ist sie nach wie vor das grösste politische Forum Europas. Die Parlamentarier können durch Beschlüsse bzw. Entschliessungen in der PV durchaus Einfluss auf das Ministerkomitee nehmen. Die vorgelagerte Mitarbeit in den einzelnen Ausschüssen der PV ist äusserst wichtig, da dort die eigentliche Arbeit zu Handen der PV geleistet wird. Ebenso wichtig ist aber auch die entsprechende Berichterstattung an die nationalen Parlamente bzw. Regierungen.

Die Parlamentarische Versammlung besteht aktuell aus 612 Mitgliedern, davon 306 Stellvertreter. Liechtenstein ist in der Versammlung mit zwei Mitgliedern und zwei Stellvertretern vertreten. Im Verhältnis zur Grösse des Landes ist Liechtenstein durchaus stark vertreten, vergleicht man dies mit den grossen Staaten wie Deutschland und Frankreich mit je 18 Mitgliedern und 18 Stellvertretern.

Die fünf politischen Fraktionen der PV sind wie folgt aufgeteilt (die Zahlen in Klammern stellen die Anzahl der Delegierten dar und basieren auf dem Stand von Januar 2024). 58 Mitglieder gehören keiner Fraktion an.

- Sozialistische Fraktion – SOC (156)
- Fraktion der Europäischen Volkspartei – EPP/CD (144)
- Fraktion der Europäischen Konservativen – EC (116)
- Fraktion Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa – ALDE (94) - davon alle

vier Mitglieder der liechtensteinischen Delegation

- Fraktion Vereinigte Europäische Linke – UEL (33)

Die Parlamentarische Versammlung verfügt über neun Ausschüsse sowie zusätzliche 20 Unterausschüsse. In den Ausschüssen werden die diversen Themen ausführlich behandelt. Dort wird die Hauptarbeit in Bezug auf potenzielle Entschliessungen vollzogen. Bevor ein Bericht in die Parlamentarische Versammlung gelangt, wird in diesen Ausschüssen darüber beraten. Die Ausschüsse führen ihre Sitzungen auch ausserhalb der ordentlichen Sessionswochen durch, da zum Zeitpunkt der Sessionen die aufbereiteten und in den Ausschüssen zu verabschiedenden Berichte vorliegen müssen. Liechtenstein steht in den ersten sechs Ausschüssen jeweils ein Sitz zu. Die Mitglieder der anderen drei Ausschüsse werden vom Präsidium bzw. den Fraktionen bestellt. Jedes Mitglied der Versammlung kann in zwei Ausschüssen Mitglied sein. Die liechtensteinischen Delegationsmitglieder nehmen wie folgt Einsitz in diesen Ausschüssen:

- Ausschuss für politische Angelegenheiten und Demokratie
Abg. Peter Frick (Ersatz: Stv. Abg. Hubert Büchel)
- Ausschuss für Recht und Menschenrechte
Stv. Abg. Thomas Hasler (Ersatz: Abg. Franziska Hoop)
- Ausschuss für Soziales, Gesundheit und nachhaltige Entwicklung
Abg. Franziska Hoop (Ersatz: Abg. Peter Frick)
- Ausschuss für Wanderbewegungen, Flüchtlinge und Vertriebene
Stv. Abg. Thomas Hasler (Ersatz: Stv. Abg. Hubert Büchel)
- Ausschuss für Kultur, Wissenschaft, Bildung und Medien
Stv. Abg. Hubert Büchel (Ersatz: Abg. Peter Frick)
- Ausschuss für Gleichstellung und Nichtdiskriminierung
Abg. Franziska Hoop (Ersatz: Stv. Abg. Thomas Hasler)
- Ausschuss für die Einhaltung der Verpflichtungen und Zusagen der Mitgliedstaaten des Europarats (Monitoringausschuss)
keine Besetzung
- Ausschuss für Geschäftsordnung, Immunitäten und institutionelle Angelegenheiten
keine Besetzung
- Ausschuss für die Wahl der Richter des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte
keine Besetzung.

Ausserhalb der Strassburger Sessionswochen tagt der Ständige Ausschuss, in welchem neben dem Präsidenten und den Vizepräsidenten der Parlamentarischen Versammlung alle nationalen Delegationsleitungen, die Ausschussvorsitzenden und die Vorsitzenden der politischen Fraktionen Einsitz nehmen. Sitzungsort ist Paris oder der jeweilige Parlamentssitz des Mitgliedslandes, welches im Ministerkomitee den Vorsitz führt. Der Ständige Ausschuss führt die Geschäfte der Versammlung, wenn diese keine Session hat und stellt damit die Kontinuität ihrer Tätigkeit sicher. Er berät und verabschiedet Berichte und Entschliessungen und kann Dringlichkeits- oder Aktualitätsdebatten abhalten. Im Rahmen des Vorsitzes von Liechtenstein im Ministerkomitee tagte der Ständige Ausschuss der Versammlung am 27. und 28. November in Vaduz.

Der **Kongress der Gemeinden und Regionen Europas** ist ein beratendes Organ des Europarats. Das Ministerkomitee schuf 1994 den Kongress der Gemeinden und Regionen. Er ist in zwei Kammern gegliedert, von denen eine die Gemeinden, die andere die Regionen vertritt. Der

Kongress tagt zweimal jährlich im Palais de l'Europe in Strassburg.

Alle diese Instanzen werden bei ihrer Arbeit durch die rund 2'200 Mitarbeiter des Europarats unterstützt. Geleitet werden die verschiedenen Fachdirektionen seit dem 18. September 2019 von Generalsekretärin Marija Pejčinović Burić. Burić wurde im Juni 2019 von den Mitgliedern der Versammlung zur Generalsekretärin gewählt. Ihre Amtszeit beträgt fünf Jahre. Im 2024 wird die Versammlung einen neuen Generalsekretär oder eine neue Generalsekretärin wählen.

Seit dem 1. März 2021 leitet Despina Chatzivassiliou-Tsovilis das Generalsekretariat der Versammlung. Ihre Amtszeit beträgt fünf Jahre. Im Einklang mit der Geschäftsordnung der Versammlung sorgt die Generalsekretärin für das ordnungsgemässe Funktionieren der Versammlung, setzt die Beschlüsse um und koordiniert die Arbeit der Ausschüsse. Sie leitet ein Sekretariat mit etwa 90 Mitarbeitern, das den Präsidenten und die Mitglieder der Versammlung bei ihrer Arbeit unterstützt und den ordnungsgemässen Ablauf der parlamentarischen Verfahren sicherstellt.

4. Praktische Auswirkungen für Europa

Die Arbeit des Europarats führt zu europäischen Konventionen und Abkommen, die die Grundlage für die Anpassung und Harmonisierung der Gesetze in den verschiedenen Mitgliedstaaten bilden. Einigen dieser Rechtsinstitute können auch Nicht-Mitgliedstaaten beitreten. Das Ergebnis von Studien und Arbeiten wird den Regierungen der Mitgliedstaaten zugeleitet, um die Kooperation und den sozialen Fortschritt in Europa zu ermöglichen und voranzutreiben. Per Ende 2023 existierten 226 europäische Konventionen.

5. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)

Diese, 1959 in Strassburg errichtete, selbstständige Organisation ist ein Herzstück innerhalb des Europarats. Der Gerichtshof tagt seit 1998 ständig und ist für alle Verfahrensschritte, von der Prüfung der Zulässigkeit einer Beschwerde bis hin zum rechtskräftigen Urteil, zuständig. Die Richter werden von der Parlamentarischen Versammlung gewählt. Der Gerichtshof urteilt über Beschwerden einzelner Personen sowie Personengruppen und Staaten, die sich auf Verletzungen der in der Europäischen Menschenrechtskonvention anerkannten Rechte beziehen. Bürger können sich, nachdem die innerstaatlichen Rechtsbehelfe erschöpft sind, mit Beschwerden direkt an ihn wenden. Carlo Ranzoni ist seit dem 1. September 2015 der liechtensteinische Richter am Gerichtshof. Die Amtsdauer beträgt neun Jahre. Im 2024 wird die Parlamentarische Versammlung eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger für das Amt des liechtensteinischen Richters wählen. Am 19. August 2020 reichte Liechtenstein beim EGMR eine Staatenbeschwerde gegen die Tschechische Republik ein, da die Regierung die Souveränität Liechtensteins in Tschechien als nicht ausreichend respektiert ansieht.

Die Russische Föderation ist seit dem 16. September 2022 (sechs Monate nach ihrem Ausschluss aus dem Europarat) keine Vertragspartei der Europäischen Menschenrechtskonvention mehr. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ist weiterhin für die Bearbeitung von Beschwerden gegen Russland zuständig, die bis zum 16. September 2022 eingereicht wurden.

6. Liechtensteins Vorsitz im Ministerkomitee des Europarats

Liechtenstein übernahm turnusgemäss am 15. November 2023 zum dritten Mal nach 1987 und 2001 für sechs Monate den Vorsitz im Ministerkomitee. Somit ist Liechtenstein für die Umsetzung der Ziele und der Prioritäten des Europarats verantwortlich. Eine der Aufgaben während der halbjährigen Vorsitzzeit ist die Vorbereitung und Leitung der wöchentlichen Sitzungen des Ministerkomitees. Die Mitgliedstaaten werden dabei üblicherweise durch ihre Ständigen Vertretungen in Strassburg repräsentiert. Der Vorsitz dauert bis zum 17. Mai 2024.

Für die liechtensteinische Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats bringt der sechs monatige Vorsitz einen bedeutenden Mehraufwand sowohl während als auch zwischen den Session mit sich. Bereits im Vorfeld der Vorsitzübernahme hat sich gezeigt, dass die Delegation in Strassburg ein gefragter Gesprächspartner ist. So ergaben sich für die Delegation während der Sessionswoche im Oktober in Strassburg zahlreiche bilaterale Treffen zu unterschiedlichsten Themen.

Delegationsleiterin Franziska Hoop ist seit November 2023 «ex officio» Mitglied des Präsidiums der Versammlung, welches anlässlich der ordentlichen Sessionen in Strassburg, aber auch vor einer Sitzung des Ständigen Ausschusses zusammentritt. Es koordiniert die Aktivitäten der Versammlung und unterstützt den Präsidenten und spielt daher eine wichtige vorbereitende und organisatorische Rolle. Üblicherweise ergeben sich daraus zwei zusätzliche Sitzungen während einer Sessionswoche.

Die Treffen des Ständigen Ausschusses der zwischen den Sessionswochen im Namen der Versammlung tagt finden üblicherweise am Parlamentssitz des Mitgliedslandes statt, welches im Ministerkomitee den Vorsitz führt. Im Rahmen des Vorsitizes zeichnete sich die liechtensteinische Delegation für die Organisation der Sitzungen des Ständigen Ausschusses am 27. und 28. November in Vaduz verantwortlich. Es konnten gut 100 Teilnehmer in Liechtenstein begrüsst werden.

IV. Sessionswochen der Parlamentarischen Versammlung im 2023

Während den Sessionswochen in Strassburg finden die Plenarversammlungen, die Sitzungen der Ausschüsse sowie die Fraktionssitzungen statt. Während bei den Ausschüssen die inhaltlichen Grundlagen geschaffen werden, werden an den Plenarversammlungen Entscheide gefällt und Vorlagen verabschiedet.

1. Erste Sessionswoche vom 23. bis 27. Januar 2023

Liechtenstein wurde an der ersten Session des Jahres durch die Abgeordnete Franziska Hoop (Delegationsleiterin) und den stv. Abgeordneten Hubert Büchel in Strassburg vertreten. Sie wurden unterstützt von der Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger. Aufgrund der Landtagseröffnung am 26. Januar konnte die Delegation lediglich an drei von fünf Tagen an der Session teilnehmen.

Höhepunkte der ersten Sessionswoche

Wiederwahl des Präsidenten der Versammlung Tiny Kox

Zu Beginn der Session wurde der amtierende niederländische Präsident der Versammlung, Tiny Kox, mit 175 von 219 gültigen Stimmen für eine zweite einjährige Amtszeit wiedergewählt.

Sein Herausforderer war der ukrainische Parlamentarier Oleksandr Merezhko. Ebenfalls wurden die 18 Vizepräsidenten der Versammlung bestellt. In der Rede nach seiner Wiederwahl betonte Kox, dass der Europarat und seine Versammlung im vergangenen Jahr beispiellose Schritte als Reaktion auf den einseitigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine unternommen hätten. Die Versammlung legte erneut eine Schweigeminute für alle Opfer der russischen Aggression ein. Abschliessend ging der Präsident auf den vierten Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Reykjavik ein. Dieser Gipfel finde auch auf den Wunsch der Versammlung hin statt, um über die Zukunft der europäischen multilateralen Zusammenarbeit und über den Platz des Europarats in der politischen Architektur Europas zu entscheiden.

Abgeordnete Franziska Hoop zur Vizepräsidentin der Fraktion Allianz der Liberalen und Demokraten (ALDE) für Europa gewählt

Am ersten Tag der Session wurde die Abgeordnete Franziska Hoop zur Vizepräsidentin der ALDE-Fraktion gewählt. Sie ist nunmehr zusammen mit dem Präsidenten, den weiteren Vizepräsidenten, dem Schatzmeister und der Generalsekretärin Mitglied des ALDE-Vorstands. Der Vorstand ist für die laufende Verwaltung der ALDE-Fraktion und für die Vorbereitung der Fraktionssitzungen sowie der Plenartagungen der Versammlung zuständig. Der ALDE-Vorstand trifft sich in der Regel einmal pro Sessionswoche und zwischen den Sessionen teils online.

Von der Versammlung behandelte Vorlagen

Der Reykjavik-Gipfel des Europarats: in Werten geeint angesichts aussergewöhnlicher Herausforderungen

Unter dem Titel #OnTheRoadToReykjavik wurde ein Bericht mit den Vorschlägen der Versammlung zum vierten Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs des Europarats, welches am 16. und 17. Mai in Reykjavik stattgefunden hat, vorgestellt. Das Gipfeltreffen soll die kräftige Unterstützung der Ukraine und den Willen, Russland für sein Handeln zur Verantwortung zu ziehen, unterstreichen. Der Europarat könne eine aktive und führende Rolle bei der Schaffung eines Ad-hoc-Tribunals spielen, um die politische und militärische Führung Russlands wegen des Verbrechens der Aggression strafrechtlich zu verfolgen und einen internationalen Entschädigungsmechanismus zu unterstützen. Des Weiteren soll aber auch ein zukunftsorientiertes Programm für den Europarat, welches die Interessen, Sorgen und Erwartungen der Bevölkerung einschliesslich ihres Rechts auf eine gesunde Umwelt und den Kampf gegen den Klimawandel in den Vordergrund der Arbeit des Europarats rückt, aufgestellt werden.

Fortschritte und Herausforderungen in Bezug auf die Istanbul-Konvention

Eine mehrstündige Debatte wurde über die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen geführt. Dabei wurden die Fortschritte und die Herausforderungen der Istanbul-Konvention, dem Übereinkommen zum Schutz und zur Verhütung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, thematisiert. Die Versammlung betonte den positiven Einfluss des Übereinkommens auf die nationale Gesetzgebung gegen geschlechtsspezifische Gewalt und die Veränderungen, die es in der Politik und der Sensibilisierung in ganz Europa bewirkt habe. Die bisher 37 Ratifizierungen des Übereinkommens stimmten optimistisch für künftige Fortschritte bei der Beseitigung geschlechtsspezifischer Gewalt.

Die Entschliessung fordert sowohl die Europäische Union als auch die Mitgliedstaaten, welche diese Konvention noch nicht ratifiziert haben, auf, dies endlich zu tun. Schliesslich rief die Versammlung die Mitgliedstaaten auf, eine feministische Aussenpolitik zu fördern, um eine integrativere Politikgestaltung und multilaterale Massnahmen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt zu erreichen und sicherzustellen, dass diese Politik in allen Parlamenten umgesetzt werde. Die Versammlung bestand ebenfalls darauf, dass der 4. Gipfel der Staats- und

Regierungschefs in Reykjavik der Beendigung der Gewalt gegen Frauen durch die Umsetzung der Istanbul-Konvention Priorität einräumen sollte.

Die Beurteilung der Mittel und gesetzlichen Bestimmungen zur Bekämpfung der Exposition von Kindern gegenüber pornografischen Inhalten

Die Versammlung äusserte ihre tiefe Besorgnis über die beispiellose Exposition von Kindern gegenüber pornografischen Bildern, die ihrer psychologischen und physischen Entwicklung schaden. Die Versammlung fordert die Mitgliedstaaten auf, die bestehenden Mittel und Bestimmungen zur Bekämpfung der Exposition von Kindern gegenüber pornografischen Inhalten zu prüfen und die Lücken in den einschlägigen Rechtsvorschriften und Praktiken zu schliessen. Sie fordert einschlägige Rechtsvorschriften um sicherzustellen, dass sowohl spezielle Websites, die Inhalte für Erwachsene anbieten, als auch Mainstream- und soziale Medien, die Inhalte für Erwachsene enthalten, verpflichtet sind, Instrumente zur Altersüberprüfung zu verwenden.

Weitere von der Versammlung behandelte Vorlagen

- Aktualitätsdebatte: Die jüngsten Herausforderungen für die Sicherheit in Europa: Die Befassung mit der Frage der ausländischen IS-Kämpfer und ihrer Familien, die aus Syrien und anderen Ländern in die Mitgliedstaaten des Europarats zurückkehren
- Die ethischen, kulturellen und bildungspolitischen Herausforderungen von Kontaktverfolgungs-Apps
- Die ökologischen Folgen von bewaffneten Konflikten
- Der Aufbau des Offenen Akademischen Netzwerks des Europarats (OCEAN)
- Sexuelle Gewalt im Zusammenhang mit einem Konflikt
- Die Rolle und Verantwortung von Männern und Jungen bei der Beendigung geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und Mädchen
- Die Herbeiführung von Lösungen für eheliche Gefangenschaft
- Die Einhaltung der Pflichten und Verpflichtungen durch die Republik Moldau
- Die Fortschritte beim Überwachungsverfahren der Versammlung (Januar-Dezember 2022)
- Das Aufkommen letaler autonomer Waffensysteme (LAWS) und ihre notwendige Erfassung durch die europäischen Menschenrechtsnormen

Redebeiträge

Marija Pečinović Burić, Generalsekretärin des Europarats

Die Generalsekretärin erklärte in ihrer Rede, dass beim 4. Gipfeltreffen des Europarats die Ukraine im Mittelpunkt stehen müsse. Die Forderung von Rechenschaft für Tod und Zerstörung, die durch die russische Aggression verursacht wurden, sei entscheidend. Sie bekräftigte erneut die Unterstützung für die Untersuchung russischer Kriegsverbrechen durch die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft und unterstrich die Bedeutung der Pläne des Europarats zur Förderung der Widerstandsfähigkeit und des Wiederaufbaus durch den umfassenden Aktionsplan für die Ukraine.

Die Abgeordnete Franziska Hoop wollte im Namen der ALDE-Fraktion von der Generalsekretärin erfahren, wie die Umsetzung der Urteile des Gerichtshofs für Menschenrechte in der Russischen Föderation seit ihrem Ausscheiden überprüft werde. Die Generalsekretärin erklärte, dass die Russische Föderation seit dem 16. September keine Vertragspartei der Europäischen Menschenrechtskonvention mehr sei. Allerdings könnten alle Gerichtsverfahren, die vor diesem Datum eingeleitet wurden, und alle künftigen Fälle welche sich auf Ereignisse vor dem 16. September beziehen, die gegen die Russische Föderation gerichtet werden könnten, vom Europäischen Gerichtshof entschieden werden. Die Zahl der hängigen Fälle aus der Russischen

Föderation sei eine der vier grössten, die beim Gerichtshof hängig sind, einschliesslich der Umsetzung. Nach internationalem Recht sei die Russische Föderation also weiterhin verpflichtet, alle vom Gerichtshof entschiedenen Fälle umzusetzen und die Urteile durch das Ministerkomitee weiter zu überwachen. Die Generalsekretärin führte weiter aus, dass das Ministerkomitee sehr bedauere, dass die Russische Föderation beschlossen hat, weder an den Sitzungen zur Überwachung der Urteile teilzunehmen noch mit dem Ministerkomitee zu kommunizieren. Es wurde entschieden, wenn das Ministerkomitee berät und Beschlüsse fasst, den Aussenminister der Russischen Föderation über ihre Verpflichtung zu informieren.

Annalena Baerbock, Aussenministerin Deutschland

In ihrer Rede vor der Versammlung hat die deutsche Aussenministerin Annalena Baerbock die Mitgliedstaaten aufgerufen, beim kommenden 4. Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs ihr Bekenntnis zu den zentralen Werten des Europarats erneut zu bekräftigen, was vor allem bedeute, dass alle Mitgliedstaaten die Europäische Menschenrechtskonvention achten und die Urteile des Gerichtshofs umsetzen.

Die Ministerin forderte alle Länder, welche die Istanbul-Konvention unterzeichnet haben, auf, diese auch zu ratifizieren, da die Organisation weiter auf die Ratifizierung durch die Europäische Union hinarbeite. Sie unterstrich auch die Notwendigkeit, den Beitritt der Europäischen Union zur EMRK Wirklichkeit werden zu lassen, und rief die Staaten zur Zusammenarbeit beim Schutz der Menschenrechte in der digitalen Welt auf.

2. Zweite Sessionswoche vom 24. bis 28. April 2023

Liechtenstein wurde an der zweiten Session des Jahres durch den Abgeordneten Peter Frick und den stv. Abgeordneten Thomas Hasler in Strassburg vertreten. Aufgrund des Sonderlandtags zu 100 Jahren Zollvertrag am 26. April reiste der Abgeordnete Frick vorzeitig zurück.

Die Plenarsitzungen fanden aufgrund der begonnenen Renovierungsarbeiten im Palais de l'Europe im Sitzungssaal des Europäischen Parlaments statt.

Dringlichkeitsdebatte

Eine Dringlichkeitsdebatte wurde zum Thema «Die Lage von ukrainischen Zivilisten, darunter Kinder, die gewaltsam in die Russische Föderation oder in ukrainische Gebiete, die unter der De-facto-Kontrolle der Russischen Föderation stehen, vertrieben oder überführt wurden: Schaffung von Bedingungen für ihre sichere Rückkehr, Beendigung dieser Verbrechen und Bestrafung der Täter» durchgeführt. Dazu übermittelte die Ehefrau des ukrainischen Präsidenten, Olena Selenska, eine Videobotschaft.

Von der Versammlung behandelte Vorlagen

Aktualitätsdebatte

Im Zentrum der Sitzungswoche stand wiederum das vierte Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs des Europarats, welches am 16. und 17. Mai in Reykjavik stattgefunden hat (#RoadToReykjavik). Dazu wurde eine Aktualitätsdebatte mit einer Eröffnungsrede von Síofra O'Leary, Präsidentin des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs, abgehalten. Dabei betonte sie, dass der Gerichtshof ein erneutes Bekenntnis der Vertragsstaaten zum System der Konvention und zur Verbindlichkeit der Urteile und Beschlüsse des Gerichtshofs erreichen wolle. Weiter führte die Präsidentin aus, dass das Gipfeltreffen in Reykjavik der Ausgangspunkt für einen erneuerten Europarat sein müsse, der besser dazu in der Lage sei, zu der gemeinsamen demokratischen Sicherheit beizutragen, auf die tatsächlichen Anliegen der Bevölkerung

einzugehen und den grossen Aufgaben zu begegnen, vor denen man stehe. Diese Chance solle so gut wie möglich genutzt werden.

Abschliessend sagte sie, dass die Qualität des Gerichtshofs und seiner Rechtsprechung von der Qualität der unabhängigen und unparteilichen Richterinnen und Richter abhängen, die von der Versammlung gewählt werden. Je effizienter und transparenter der Auswahl- und Wahlprozess sei, desto weniger Raum bleibe für ungerechtfertigte Angriffe, deren Ziel möglicherweise ein anderes sein könne als die Wahrung der Unabhängigkeit und Autorität des Gerichtshofs.

Tätigkeitsbericht 2022 von Dunja Mijatović, Menschenrechtskommissarin des Europarats

Der Tätigkeitsbericht 2022 der Menschenrechtskommissarin konzentrierte sich überwiegend auf die von der Russischen Föderation im Zusammenhang mit ihrem Militärangriff auf die Ukraine begangenen Gräueltaten. Die Verbrechen, die von russischen Streitkräften in der Ukraine begangen wurden, dürften nicht ungestraft bleiben. Es müsse Gerechtigkeit hergestellt werden, wozu insbesondere eine wirksame Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof und die langfristige Unterstützung des ukrainischen Justizsystems erforderlich sein werden.

Allgemein betont der Bericht, dass in Europa der Schutz der Menschenrechte im Jahr 2022 schwere Rückschritte erlitten habe und, um die Tendenz umzukehren, ein erneutes Bekenntnis zu den Menschenrechten notwendig sei. Ebenso unterstrich die Kommissarin, dass die Behandlung von Asylsuchenden, Flüchtlingen und Migranten in Europa zeige, dass viele Mitgliedstaaten diesbezüglich ihre internationalen Menschenrechtsverpflichtungen konsequent und vorsätzlich missachten. Das Jahr 2022 sei auch durch ein allgemeines Klima der Intoleranz, Feindseligkeit und sogar Gewalt gegenüber LGBTI-Personen gekennzeichnet gewesen. Darüber hinaus betonte Mijatović, dass sich der Raum für die Zivilgesellschaft, Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten und generell für Einzelpersonen zur Ausübung ihrer Grundfreiheiten weiter verkleinert habe. Der Schutz und die Förderung der Frauenrechte und der Geschlechtergleichstellung sei ein weiterer Bereich, in dem Fortschritt nötig sei.

Weitere von der Versammlung behandelte Vorlagen

- Die Umsetzung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrecht
- Jugend und Medien
- Die Einhaltung der Mitgliedschaftsverpflichtungen gegenüber dem Europarat durch San Marino
- Politische Strategien zur Vorbeugung gegen und Vorbereitung auf Naturkatastrophen und zur Bewältigung ihrer Folgen
- Schutz der Demokratie, der Rechte und der Umwelt im Welthandel
- Die Bewertung des Funktionierens der Partnerschaft für Demokratie
- Die Europäische Menschenrechtskonvention und die nationalen Verfassungen

Redebeiträge

- Marija Pejčinović Burić, Generalsekretärin des Europarats
- Dunja Mijatović, Menschenrechtskommissarin des Europarats
- Guðni Th. Jóhannesson, Präsident von Island

Pórdís Kolbrún Reykfjörð Gylfadóttir, isländische Aussenministerin

Im Rahmen des isländischen Vorsitzes im Ministerkomitee sprach Pórdís Kolbrún Reykfjörð Gylfadóttir vor der Versammlung. Die Unterstützung für die Ukraine und die Solidarität mit dem Land sei eine der Hauptprioritäten des isländischen Vorsitzes und sie haben hart gearbeitet, um zu gewährleisten, dass das Ergebnis des 4. Gipfeltreffens in Reykjavík im Mai die

kollektive Entschlossenheit weiter stärken, so die isländische Aussenministerin. Sie erinnerte an die Bedeutung der Einrichtung eines Schadensregisters des Europarats, um Russland für seine Gräueltaten zur Verantwortung zu ziehen. Ein Register unter der Schirmherrschaft des Europarats, aber mit breiter Unterstützung der führenden Nationen der Welt, wäre eine historische Gelegenheit für diese Organisation – doch vor allem ein wichtiger Schritt zur Rechenschaft für in diesem brutalen Krieg begangene Verbrechen und eine starke Botschaft der Unterstützung für die Ukraine, schloss die Ministerin.

3. Ausserordentliche Sitzung des Ständigen Ausschusses am 15. Mai 2023 in Reykjavik

Am Vortag des 4. Gipfels der Staats- und Regierungschefs in der über 70-jährigen Geschichte des Europarats traf sich der Ständige Ausschuss der Versammlung zu einem ausserordentlichen Treffen ebenfalls in Reykjavik, um die parlamentarische Dimension des Gipfels abzudecken. Die Liechtensteinische Delegation entschied aufgrund der geplanten Sitzungsdauer von lediglich einem halben Tag nicht nach Reykjavik zu reisen. Die Versammlung hat diesen Gipfel seit Langem gefordert, insbesondere seit dem Beginn der Aggression Russlands gegen die Ukraine, und während der vergangenen Monate ihren Beitrag dazu geleistet, wie zum Beispiel mit der Empfehlung 2245 (2023) zum Thema «Der Reykjavik-Gipfel des Europarats: in Werten geeint angesichts aussergewöhnlicher Herausforderungen».

Während der halbtägigen Sitzung fanden Diskussionen über die zwei Themen statt, die im Mittelpunkt der Beratungen des Gipfels standen. Nach den einleitenden Bemerkungen von Birgir Ármannsson, Präsident des isländischen Parlaments, richtete Ruslan Stefanchuk, Präsident des ukrainischen Parlaments, per Videobotschaft seine Worte an den Ausschuss. Anschliessend sprachen Bjarni Jónsson, Leiter der isländischen Delegation der Versammlung, und Björn Berge, stellvertretender Generalsekretär des Europarats.

Die erste Diskussionsrunde befasste sich mit dem Thema «Der Europarat als Schlüsselakteur der multilateralen Architektur», an der Þórdís Kolbrún Reykfjörð Gylfadóttir, die Aussenministerin Islands, Sylvie Bermann, die ehemalige Botschafterin Frankreichs in Peking, London und Moskau, und Alice Bergholtz, die stellvertretende Vorsitzende des Jugendbeirats des Europarats, teilnahmen.

Das zweite Panel befasste sich mit dem Thema «Der Europarat als Pionier des Menschenrechtsschutzes: die neue Generation der Rechte», an dem Katrín Jakobsdóttir, die Ministerpräsidentin von Island, Ilze Brands Kehris, die beigeordnete Generalsekretärin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Nathalie Smuha, eine Expertin für künstliche Intelligenz am Institut für Europarecht der KU Leuven und Tinna Hallgrímsdóttir, eine Jugendvertreterin im isländischen Klimarat, teilnahmen.

Der Meinungsaustausch mit den Mitgliedern der Versammlung endete mit einer Erklärung von Sviatlana Tsikhanouskaya, der Vorsitzenden der demokratischen Opposition in Belarus, und abschliessenden Bemerkungen von Katrín Jakobsdóttir und Tiny Kox, dem Präsidenten der Versammlung.

4. Sitzung des Ständigen Ausschusses am 25. und 26. Mai 2023 in Riga

Der Ständige Ausschuss führt die Geschäfte der Versammlung zwischen den Sessionen und stellt somit die Kontinuität ihrer Tätigkeit sicher. Ihm gehören der Präsidenten, die Vizepräsidenten, alle nationalen Delegationsleiterinnen und Delegationsleiter, die Vorsitzenden der Politischen Fraktionen sowie die Ausschussvorsitzenden an. Ebenfalls nahmen die

Generalsekretärin der Versammlung und Mitarbeitende des Europarats sowie der Parlamentarier an der Sitzung in Riga teil. Liechtenstein wurde von der Delegationsleiterin Franziska Hoop sowie der Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger an dieser Sitzung vertreten. Insgesamt konnten knapp 100 Teilnehmer begrüsst werden.

Im Zentrum der Sitzung in Riga stand das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs des Europarats vom 16. und 17. Mai in Island. An der Sitzung des Ständigen Ausschusses diskutierten die Parlamentarier zu «Folgemassnahmen zum Gipfel von Reykjavik» und verabschiedeten eine entsprechende Erklärung.

An der Eröffnung der Sitzung sprachen Tiny Kox, der Präsident der Versammlung und der lettische Parlamentspräsident Edvards Smiltēns. Es folgte ein Meinungsaustausch mit dem lettischen Aussenminister Edgars Rinkēvičs.

Die Parlamentarier diskutierten mit Kaspars Cipruss, dem Generalsekretär des lettischen Basketballverbands, über den «Ausschluss von Sportlern aus Russland und Weissrussland von der Teilnahme an den Olympischen Spielen». Des Weiteren fand ein Meinungsaustausch mit Carlo Monticelli, dem Gouverneur der Entwicklungsbank des Europarats, statt. Die lettische Delegation organisierte zudem eine Sonderveranstaltung zum Thema «Künstliche Intelligenz: Gewährleistung der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit».

Die Teilnahme der Delegationsleiterin sowie der Delegationssekretärin an den Sitzungen erwies sich als äusserst gewinnbringend. Während der zwei Tage konnten zahlreiche bilaterale Gespräche mit verschiedenen Delegationen (wie zum Beispiel der Schweiz, Frankreich, Deutschland, Island, Dänemark, Belgien, Lettland, Ukraine, Irland) und auch mit der Generalsekretärin der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, Despina Chatzivassiliou-Tsovilis, geführt werden. Dabei konnte die Sichtbarkeit Liechtensteins erhöht sowie Erfahrungen, insbesondere in Bezug auf den Vorsitz, ausgetauscht werden.

5. Dritte Sessionswoche vom 19. bis 23. Juni 2023

Liechtenstein wurde an der dritten Session des Jahres durch die Abgeordnete Franziska Hoop (Delegationsleiterin) und die stv. Abgeordneten Hubert Büchel und Thomas Hasler in Strassburg vertreten. Der Abgeordnete Peter Frick musste seine geplante Teilnahme kurzfristig absagen. Die Delegation wurde von Sandra Gerber-Leuenberger (Delegationssekretärin) unterstützt

Die Plenarsitzungen fanden erneut im Sitzungssaal des Europäischen Parlaments statt.

Liechtenstein Empfang

Auf Einladung von Botschafter Domenik Wanger fand in der liechtensteinischen Residenz ein Empfang mit Mitgliedern der Schweizerischen Delegation zum Europarat statt. Ebenfalls nahmen der Schweizer Botschafter Claude Wild sowie die beiden Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Carlo Ranzoni und Andreas Zünd am Anlass teil. Dieses Treffen bot die Gelegenheit, das Zollvertragsjubiläum sowie den bevorstehenden Vorsitz Liechtensteins im informellen Rahmen mit den teilnehmenden National- und Ständeräten zu diskutieren.

Treffen mit dem isländischen Delegationsleiter

In Vorbereitung des liechtensteinischen Vorsitizes im Ministerkomitee tauschte sich die Abgeordnete Franziska Hoop bei einem bilateralen Treffen mit Bjarni Jónsson aus. Dabei berichtete der isländische Delegationsleiter über seine Erfahrungen während des isländischen Vorsitizes,

der im Mai 2023 endete. Dabei betonte er, dass die sechsmonatige Vorsitzzeit durch viele Treffen und Sitzungen während den Sessionswochen geprägt gewesen war. Gleichzeitig, unterstrich er, sei es aber auch eine Chance gewesen mit diversen Anspruchsgruppen in Kontakt zu treten sowie die Geschicke des Europarats mit zu lenken.

Treffen der Women@PACE

Die unpolitische, parteiübergreifende, informelle Plattform «Women@PACE» wurde von der Generalsekretärin der Versammlung, Despina Chatzivassiliou-Tsovilis, im Jahr 2022 anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März gegründet. Das Netzwerk steht allen weiblichen Mitgliedern der Versammlung des Europarats offen. Die Abgeordnete Franziska Hoop nimmt jeweils während den Sessionswochen an den Treffen teil.

Anlässlich der Session fand ein Meinungsaustausch mit Sviatlana Tsikhanouskaya, der Führerin der demokratischen Opposition in Belarus, über die politische Beteiligung von Frauen statt. In ihrer Rede an die Teilnehmerinnen erzählte sie von ihrem Weg und beleuchtete die Herausforderungen, mit denen Frauen in der politischen Landschaft ihres Landes konfrontiert sind. In ihren Ausführungen hob sie auch die Rolle hervor, die Frauen in der Politik spielen, insbesondere in Kriegszeiten. Mit Blick auf die Ereignisse in Belarus vor drei Jahren räumte Tsikhanouskaya ein, dass Fortschritt Zeit brauche.

Dringlichkeitsdebatte: Gewährleistung des freien und sicheren Zugangs durch den Latschin-Korridor

Zum Abschluss der Dringlichkeitsdebatte brachte die Parlamentarische Versammlung ihre grosse Besorgnis zum Ausdruck über die Ereignisse die sich seit der Unterzeichnung der trilateralen Erklärung am 9. November 2020 entwickelt und am 12. Dezember 2022 mit der Unterbrechung der freien und sicheren Durchfahrt durch den Latschin-Korridor und der anschließenden absichtlichen Unterbrechung der Strom- und Gasversorgung der Region ihren Höhepunkt erreicht haben.

Bei der Verabschiedung der Entschliessung betonte die Versammlung, dass Aserbaidshan die Verantwortung habe, die Sicherheit aller Menschen, die innerhalb seiner international anerkannten Grenzen leben, zu schützen und zu gewährleisten.

Die Versammlung unterstrich, dass das Fehlen eines freien und sicheren Zugangs durch den Latschin-Korridor Teil eines viel umfassenderen Problems sei, und ist überzeugt, dass eine humanitäre Reaktion allein nicht ausreicht und eine politische Lösung erforderlich ist. Sie rief dringend dazu auf, die Fragen der Rechte und der Sicherheit der armenischen Bevölkerung von Bergkarabach im Rahmen eines Dialogs zwischen Baku und Chakendi/Stepanakert zu klären und eine neutrale internationale Beteiligung an einem eventuell einzurichtenden Mechanismus zur Umsetzung des Friedens vorzusehen.

Die Versammlung begrüsst die gegenseitige Anerkennung der territorialen Integrität Armeniens und Aserbaidshans und betrachtet dies als ersten Schritt zur Beendigung eines Konflikts, der bereits zu viele Tote und Tragödien auf beiden Seiten verursacht hat, erinnerte jedoch daran, dass Armenien und Aserbaidshan seit mehr als 30 Jahren in einem Konflikt stehen und dass sich beide Länder beim Beitritt zum Europarat im Januar 2001 verpflichtet haben, den Konflikt mit friedlichen Mitteln beizulegen.

Dringlichkeitsdebatte: Die politischen Folgen der russischen Aggression gegen die Ukraine

Die verabschiedete Entschliessung unterstreicht, dass die Unterstützung der Ukraine ein politisches Gebot für den Europarat und seine Mitgliedstaaten sein sollte, nicht nur als eine Frage

der Rechtsstaatlichkeit und der internationalen Gerechtigkeit, sondern auch zum Schutz der demokratischen Sicherheit in Europa.

Die Entschliessung setzt eine Reihe von Prioritäten und empfiehlt insbesondere: die Verstärkung der Unterstützung für die Ukraine sowie die Vervollständigung und Umsetzung eines umfassenden Systems der Rechenschaftspflicht der Russischen Föderation und ihrer Verbündeten. In diesem Zusammenhang unterstützt die Versammlung die Einrichtung eines internationalen Entschädigungsmechanismus und eines Sondertribunals für das Verbrechen der Aggression, um die politische und militärische Führung der Russischen Föderation zur Verfolgung, rechtliche Lücken und Schlupflöcher im Sanktionssystem zu beseitigen, die demokratische Sicherheit und die Widerstandsfähigkeit Europas gegen äussere Bedrohungen zu stärken und das Aggressorregime diplomatisch zu isolieren.

Schliesslich beschloss die Parlamentarische Versammlung, den Dialog und die Zusammenarbeit mit den russischen Kräften und der Zivilgesellschaft zu verstärken, die einen demokratischen Wandel in Russland anstreben und die Werte des Europarats teilen.

Dringlichkeitsdebatte: die Teilnahme russischer und belarussischer Sportlerinnen und Sportler an den Olympischen Spielen

Die Versammlung hat das Internationale Olympische Komitee (IOC) und die ihm angehörenden Sportverbände aufgefordert, die 2022 geäusserte Position beizubehalten und die Teilnahme russischer und belarussischer Athleten an den Olympischen und Paralympischen Spielen in Paris sowie allen anderen grossen Sportereignissen zu verbieten, solange der russische Angriffskrieg andauert.

In einer Entschliessung erklärte die Versammlung, dass eine Teilnahme unter den derzeitigen Umständen undenkbar sei, mit Sicherheit als Propagandawerkzeug benutzt werden würde und de facto andere Athleten - nicht zuletzt ukrainische - von der Teilnahme abhalten würde.

Die Bemühungen des IOC, eine Reihe von Kriterien festzulegen, die es diesen Athleten ermöglichen, als neutrale, individuelle Wettkämpfer teilzunehmen, könnten nicht die notwendigen Garantien bieten und stellten keine Antwort dar, die den in der Olympischen Charta verankerten Werten der Menschenwürde und des Friedens gerecht würden, so die Versammlung. Die Versammlung wies weiter darauf hin, dass russische und belarussische Spitzensportler ein staatliches Gehalt erhielten und häufig Teil von Militärsportmannschaften seien.

Von der Versammlung behandelte Vorlagen

Die Folgen der Reform der Menschenrechtsgesetzgebung im Vereinigten Königreich für den nationalen und den europäischen Schutz der Menschenrechte

In der verabschiedeten Entschliessung zur Reform der Menschenrechtsgesetzgebung im Vereinigten Königreich erklärte die Versammlung, dass es eine zunehmende Bereitschaft der britischen Regierung und bestimmter Gesetzgeber gebe, Gesetze in einer Weise zu erlassen, die das Risiko einer Verletzung der internationalen rechtlichen Verpflichtungen des Vereinigten Königreichs und damit der Rechtsstaatlichkeit mit sich bringen könnte. Die Versammlung äusserte ihre Besorgnis über solche Entwicklungen und insbesondere darüber, welches Signal sie sowohl im Inland als auch auf internationaler Ebene aussenden könnten.

Die Versammlung drängt auf eine sorgfältige Prüfung des Inhalts der Bestimmungen des Gesetzes über illegale Einwanderung, die sich auf die Rechte von Flüchtlingen und Staatenlosen, einschliesslich Kindern und Opfern moderner Sklaverei, auf die Rechte auf ein ordnungsgemässes Verfahren und Rechtsmittel sowie auf die einstweiligen Massnahmen des Gerichtshofs für Menschenrechte beziehen. Es bestehe die Gefahr, dass die Gesetzesentwürfe zu mehr

Rechtsunsicherheit und Konflikten zwischen dem innerstaatlichen Recht des Vereinigten Königreichs und der Konvention führen würden, so die Versammlung.

Weiter betonte die Versammlung, dass das britische System zur Umsetzung der Europäischen Menschenrechtskonvention durch die Anwendung des Menschenrechtsgesetzes in vielerlei Hinsicht ein hervorragendes Beispiel für einen wirksamen innerstaatlichen Mechanismus sei, der die Gewaltenteilung respektiere.

Die Entschliessung fordert die Regierung und das Parlament des Vereinigten Königreichs auf, den Inhalt der Bestimmungen des Gesetzes über illegale Einwanderung und der Bill of Rights sorgfältig zu prüfen, die - sollten sie in Kraft treten - das Risiko bergen würde, dass das Vereinigte Königreich gegen seine internationalen Verpflichtungen verstossen könnte.

Weitere von der Versammlung behandelte Vorlagen

- Die digitale Kluft schliessen: den gleichberechtigten Zugang zu digitalen Technologien fördern
- Haushalt und Prioritäten des Europarats für den Zeitraum 2024-2027
- Die Bewältigung der besonderen Herausforderungen für Belarussinnen und Belarussen im Exil
- Die Integration von Migranten und Flüchtlingen: Vorteile für alle Beteiligten
- Gesundheit und sozialer Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ohne Papiere oder mit irregulärem Status
- Die soziale Integration von Migranten, Flüchtlingen und Binnenvertriebenen durch Sport
- Transnationale Repression als wachsende Bedrohung für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte
- Gesundheitsnotstand: die Notwendigkeit eines ganzheitlichen Ansatzes für den Multilateralismus und die Gesundheitsversorgung

Redebeiträge

- Marija Pejčinović Burić, Generalsekretärin des Europarats
- Nataša Pirc Musar, Präsidentin von Slowenien
- Péter Szijjártó, Aussen- und Handelsminister von Ungarn
- Edgars Rinkēvičs, Aussenminister Lettlands und Vorsitzender des Ministerkomitees

6. Vierte Sessionswoche vom 9. bis 13. Oktober 2023

Liechtenstein wurde an der vierten Session durch die Abgeordneten Franziska Hoop (Delegationsleiterin) und Peter Frick, die stv. Abgeordneten Hubert Büchel und Thomas Hasler sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Die Delegation nutzte ihre verstärkte Präsenz in Strassburg, um sich intensiv mit dem bevorstehenden Vorsitz Liechtensteins im Ministerkomitee auseinanderzusetzen.

Die Plenarsitzungen fanden erneut im Sitzungssaal des Europäischen Parlaments statt.

11. Václav-Havel-Menschenrechtspreis verliehen

Der 11. Václav-Havel-Menschenrechtspreis für herausragende zivilgesellschaftliche Aktivitäten zur Verteidigung der Menschenrechte wurde an den inhaftierten türkischen Menschenrechtsverteidiger, Philanthropen und Aktivisten der Zivilgesellschaft Osman Kavala verliehen. Kavala befindet sich seit 2017 ununterbrochen im Gefängnis, nachdem er wegen seiner angeblichen Verbindungen zu den Gezi-Park-Protesten verhaftet wurde. In einem Urteil aus dem Jahr 2019 ordnete der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte seine sofortige Freilassung an. Im Jahr 2022 bestätigte die Grosse Kammer des Gerichtshofs, dass die Türkei ihren

Verpflichtungen gemäss der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht nachgekommen ist. In einem aus dem Gefängnis geschriebenen Brief, den seine Frau Ayşe verlas, erklärte Kavala, dass er sich durch die Entscheidung geehrt fühle und den Preis seinen Mitbürgerinnen und Mitbürgern widme, die unrechtmässig im Gefängnis sassen.

Die zwei weiteren Nominierten in der engeren Auswahl waren die polnische Menschenrechtsanwältin und Frauenrechtlerin Justyna Wydrzynska sowie der ukrainische Menschenrechtsaktivist Yevgeniy Zakharov, die beide bei der Zeremonie anwesend waren und ihre Diplome erhielten.

Treffen mit der Schweizer PACE-Delegation

Auf Einladung des Schweizer Delegationsleiters Damien Cottier fand ein Austausch mit den Mitgliedern der Schweizerischen Delegation statt. Neben dem liechtensteinischen Botschafter Domenik Wanger nahm auch der Schweizer Botschafter Claude Wild an den Gesprächen teil. Im Zentrum des Austausches standen sowohl der Vorsitz Liechtensteins wie auch die aktuellen Herausforderungen, welchen sich der Europarat als Organisation stellen muss. Ebenfalls informierten sich die Delegationsmitglieder über die bevorstehenden Schweizer National- und Ständeratswahlen am 22. Oktober.

Vorbereitungssitzung zum Treffen des Ständigen Ausschusses in Vaduz mit der Generalsekretärin der Parlamentarischen Versammlung des Europarats

Am 11. Oktober traf sich die Delegation mit Despina Chatzivassiliou-Tsovilis und drei ihrer Mitarbeiterinnen, um die aktuellen Vorbereitungen zum Treffen des Ständigen Ausschusses am 27. und 28. November in Vaduz zu besprechen. Dabei standen die zu behandelnden Berichte der Versammlung sowie der in Vaduz geplante Launch-Event anlässlich des Vigdís-Preis im Zentrum der Gespräche.

Austausch mit Carlo Ranzoni, Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

Am 11. Oktober traf sich die Delegation mit dem liechtensteinischen Richter Carlo Ranzoni in den Räumlichkeiten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Nach einem kurzen Rundgang durch die Gerichtssäle tauschte sich die Delegation mit Carlo Ranzoni über die Arbeit des Gerichtshofs und die derzeitigen Herausforderungen aus.

Treffen mit Donika Gërvalla-Schwarz, Aussenministerin der Republik Kosovo

Während der Session fand ein Treffen mit Donika Gërvalla-Schwarz, der zweiten stellvertretenden Ministerpräsidentin und Aussenministerin der Republik Kosovo, in Strassburg statt. Im Zentrum des Gesprächs standen der bevorstehende Vorsitz Liechtensteins im Ministerkomitee sowie die bilateralen Beziehungen zwischen Liechtenstein und dem Kosovo im Bereich der Migration und der Entwicklungszusammenarbeit. Weiters unterstrich Frau Gërvalla-Schwarz beim Treffen die Wichtigkeit des möglichen Beitritts Kosovos zur Parlamentarischen Versammlung des Europarats.

Wortmeldungen der liechtensteinischen Delegationsmitglieder

Abgeordnete Franziska Hoop: Frage an Marija Pejčinović Burić, Generalsekretärin des Europarats

Die Abgeordnete Franziska Hoop wollte von der Generalsekretärin erfahren, wie sie ihre Rolle nutze, um die Umsetzung von Urteilen sicherzustellen, und zu welchem Ausmass sie die

Nichtumsetzung von Urteilen im Rahmen von bilateralen Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern der jeweiligen Staaten aktiv anspreche.

Die Generalsekretärin führte aus, dass es zwar mehrere Länder gebe in denen einige Fälle viele Jahre zurückliegen doch grossmehrheitlich würden die Vollstreckungen ordnungsmässig durchgeführt. Bei Treffen mit Amtskollegen halte sie es für sehr wichtig, die Umsetzung der Urteile anzusprechen. Schliesslich sei am Gipfel in Reykjavik beschlossen worden, dass mehr Anstrengungen und auch mehr Geld in die Umsetzung von Urteilen fliessen soll. Die Umsetzung von Urteilen sei für die Nachhaltigkeit und Glaubwürdigkeit des Konventionssystems von entscheidender Bedeutung. Die Vollstreckung sei die Pflicht des beklagten Staates und könne nicht verhandelt werden.

Abgeordneter Peter Frick: Frage an Krišjānis Karinš, Aussenminister Lettlands und Vorsitzender des Ministerkomitees

Der Abgeordnete Peter Frick wollte vom lettischen Aussenminister in Erfahrung bringen, welche Massnahmen Lettland zur Erhöhung der Transparenz der Arbeit des Ministerkomitees geplant und bereits umgesetzt habe.

Der lettische Aussenminister erklärte, dass Transparenz in einer Organisation das Interesse der Öffentlichkeit zurückbringen und damit der Organisation neue Impulse verleihen werden können.

Stv. Abgeordneter Thomas Hasler: Frage an Didier Reynders, Europäischer Kommissar für Justiz

Der stv. Abgeordnete Thomas Hasler wollte von Didier Reynders erfahren, wie die Europäische Union zur Umsetzung der Urteile des Gerichtshofs für Menschenrechte in den Mitgliedstaaten aber auch bei den Beitrittskandidaten beitragen könne.

Der Justizkommissar führte aus, dass die EU im letzten Jahr zum ersten Mal einen Verweis auf die nicht vollzogenen Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte eingeführt haben. Allerdings sei die EU nicht für die Durchsetzung der Entscheidungen verantwortlich. Die EU sei für die Durchsetzung der Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg zuständig. Um mehr zu tun, müsse der Beitritt der EU zur Konvention abgeschlossen werden, denn sobald die EU Mitglied der Konvention sei, habe sie die Möglichkeit Druck auszuüben.

Abgeordneter Peter Frick: Debatte zum Thema «Die Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen»

Der Abgeordnete Peter Frick erklärte in seiner Wortmeldung, dass die Pandemie aufgezeigt habe, wie verbreitet Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt sowie die damit verbundene Geschlechterungleichheit in Europa noch immer sind. Um dem aktiv entgegenzuwirken, ist Liechtenstein vor zwei Jahren der Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt beigetreten. Die Ratifikation stelle einen wichtigen Schritt in der Förderung der Geschlechtergleichstellung dar. Weiter rief er alle Staaten, die der Konvention noch nicht beigetreten sind, dazu auf, eine Ratifikation anzustreben. Um auch intersektionalen Formen von Diskriminierung effektiv entgegenzutreten, hat Liechtenstein in der Vergangenheit bereits zahlreiche weitere Menschenrechtskonventionen unterzeichnet.

Abgeordneter Peter Frick: Debatte zum Thema «Vorbeugung von Suchtverhalten bei Kindern»

Der Abgeordnete Peter Frick führte in seiner Wortmeldung aus, dass Kindern aufgrund ihrer besonderen Vulnerabilität und Bedürfnissen ein besonderer Status in unserer Gesellschaft zukommen müsse. Die Pandemie und die aktuell schwierige geopolitische Lage habe diese Notwendigkeit erneut bestätigt. Das vermehrte Aufkommen von Suchtverhalten von Kindern als Bewältigungsstrategie in dieser unsicheren Lage sei daher alarmierend. Er hob das besondere

Potenzial von Schulen und Sportvereinen in diesem Bereich hervor. Dennoch dürfe nicht vergessen werden, dass das Internet ganz neue Gefahren im Hinblick auf Sucht bei Kindern mit sich bringe. Grenzübergreifende Regelungen zu diesem Bereich, die einen effektiven Schutz von Kindern ermöglichen, ohne gleichzeitig disproportional in ihre Privatsphäre einzugreifen, seien dringend notwendig. Eine führende Rolle des Europarats in diesem Bereich, allenfalls wie im Bericht vorgeschlagen der Pompidou-Gruppe, würde begrüsst.

Dringlichkeitsdebatte: Aufruf zur sofortigen Freilassung von Osman Kavala

Die Parlamentarische Versammlung hat in einer Dringlichkeitsdebatte die Türkei aufgefordert, die verbindlichen Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte umzusetzen und Osman Kavala unverzüglich freizulassen. Dabei betonte sie, dass dieser Fall die Grundlage des Konventionssystems untergrabe. Die Versammlung verabschiedete eine Entschliessung und bedauert darin, dass die türkischen Behörden Osman Kavala ungeachtet eines eindeutigen Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte aus dem Jahr 2019, das seine sofortige Freilassung forderte, bis heute nicht freigelassen hätten.

Die Versammlung kommt weiter zum Schluss, dass der Gerichtshof in einem zweiten Urteil im Juli 2022 im Rahmen des Vertragsverletzungsverfahrens festgestellt habe, dass die Türkei ihrer Verpflichtung, das Urteil von 2019 umzusetzen, tatsächlich nicht nachgekommen sei.

Weiter ist die Versammlung der Ansicht, dass es nun an der Zeit sei, Schritte zu unternehmen, um das in ihrer Entschliessung 2319(2020) vorgesehene ergänzende gemeinsame Verfahren einzuleiten. Sie forderte die Mitgliedstaaten auf, falls die Türkei Osman Kavala nicht freilasse, das ‚Magnitski-Gesetz‘ oder andere bestehende Rechtsinstrumente anzuwenden, um gezielte Sanktionen gegen diejenigen Beamten, einschliesslich Staatsanwälte und Richter, zu verhängen, die für den unrechtmässigen und willkürlichen Freiheitsentzug von Osman Kavala verantwortlich seien.

Darüber hinaus erinnerte die Versammlung daran, dass sie befugt sei, die Beglaubigungsschreiben der türkischen Delegation an ihrer ersten Teilsitzung des Jahres 2024 infrage zu stellen, falls Osman Kavala nicht bis zum 1. Januar 2024 aus der Haft entlassen werde. Abschliessend erklärte die Versammlung ihre Bereitschaft, eng mit dem Ministerkomitee, der Generalsekretärin und der Türkei zusammenzuarbeiten, um die Umsetzung des Urteils im Fall Osman Kavala sicherzustellen und die Wahrung des Konventionssystems sowie die Glaubwürdigkeit der Organisation zu gewährleisten.

Von der Versammlung behandelte Vorlagen

- Gemeinsame Dringlichkeitsdebatten: Die Rolle des Europarats bei der Konfliktverhütung, der Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit internationaler Institutionen und der Förderung des weltweiten Friedens sowie der Sicherstellung eines gerechten Friedens in der Ukraine und der dauerhaften Sicherheit in Europa
- Dringlichkeitsdebatte: Humanitäre Lage in Berg-Karabach
- Aktualitätsdebatte: Die Lage im Norden des Kosovo nach dem jüngsten Angriff und die Notwendigkeit einer Deeskalation
- Die Herausforderungen für Demokratie und Menschenrechte in Europa durch rechtsextreme Ideologie
- Die Erfüllung der Mitgliedschaftsverpflichtungen gegenüber dem Europarat durch Frankreich
- Pegasus und ähnliche Spähsoftware und geheime staatliche Überwachung
- Die Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen
- Die Überprüfung der Legitimität und Rechtmässigkeit der auf die konkrete Person bezogenen unbegrenzten Amtszeit für den amtierenden Präsidenten der Russischen Föderation

- Vorbeugung von Suchtverhalten bei Kindern
- Die psychische Gesundheit und das Wohlergehen von Kindern und jungen Erwachsenen
- Die humanitäre Krise, die in Afghanistan und für afghanische Flüchtlinge entsteht

7. Besuch der Generalsekretärin des Europarats am 26. und 27. Oktober in Vaduz

In Vorbereitung des liechtensteinischen Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarats weilte Marija Pejčinović Burić, Generalsekretärin des Europarats, in Vaduz. Am 26. Oktober fand ein Arbeitstreffen mit Landtagspräsident Albert Frick sowie der Abgeordneten Franziska Hoop statt. Der Austausch bot Gelegenheit das bevorstehende Treffen des Ständigen Ausschusses der Versammlung am 27. und 28. November in Vaduz zu diskutieren. Des Weiteren wurden die Prioritäten des liechtensteinischen Vorsitzes aber auch die aktuellen Herausforderungen in Europa und die damit verbundenen Auswirkungen auf den Europarat thematisiert.

8. Sitzung des Ständigen Ausschusses am 27. und 28. November 2023 in Vaduz

Im Rahmen des liechtensteinischen Vorsitzes im Ministerkomitee richtete die Delegation eine Sitzung des Ständigen Ausschusses in Vaduz aus. Es konnten gut 100 Teilnehmende an dem zweitägigen Anlass begrüsst werden. Darunter waren über 40 Abgeordnete aus den 46 Mitgliedstaaten des Europarats mit ihren Mitarbeitern, Tiny Kox, der Präsident der Versammlung, Despina Chatzivassiliou-Tsovilis, die Generalsekretärin der Versammlung, sowie weitere hochrangige Vertreter des Europarats.

Zu Beginn des Anlasses traf sich der Präsidialausschuss der Versammlung im Landtagsgebäude. Der Ausschuss setzt sich aus dem Präsidenten, den Fraktionsvorsitzenden sowie der Generalsekretärin der Versammlung zusammen. Der Präsidialausschuss ist ein Konsultativorgan des Präsidiums und des Präsidenten. Er bereitet die Sitzungen des Präsidiums vor.

Im Anschluss traf sich das Präsidium der Versammlung welches anlässlich der ordentlichen Sessionen in Strassburg, aber auch vor einer Sitzung des Ständigen Ausschusses zusammentritt. Es koordiniert die Aktivitäten der Versammlung und ihrer Ausschüsse und unterstützt den Präsidenten und spielt eine wichtige vorbereitenden und organisatorische Rolle. Die Delegationsleiterin Franziska Hoop nimmt seit November 2022 als «ex officio» Mitglied Einsitz im Präsidium. Es besteht aus dem Präsidenten, den Vizepräsidenten der Versammlung und den Fraktions- sowie Ausschussvorsitzenden.

Am 28. November trafen sich die Mitglieder des Ständigen Ausschusses im Vaduzer-Saal. Nach der Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten Tiny Kox hielt Landtagspräsident Albert Frick eine Begrüssungsansprache, gefolgt von einem Meinungsaustausch mit Aussenministerin Dominique Hasler im Rahmen des liechtensteinischen Vorsitzes im Ministerkomitee. Dabei stellte die Aussenministerin die Prioritäten Liechtensteins unter dem Leitmotiv «United by our values, toward a future, for the needs of all» für die kommenden sechs Monate vor. Diese beinhalten insbesondere den Schutz und die Förderung der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit, die Stärkung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und die Unterstützung der Ukraine.

Die Abgeordneten diskutierten und verabschiedeten Entschliessungen über die Beobachtung der Parlamentswahlen in Polen vom 15. Oktober 2023, über die Vererbung von Genomen bei Menschen und über institutionellen Rassismus der Strafverfolgungsbehörden gegenüber Roma und Reisenden. Weiter fanden aktuelle Debatten zu den Themen «Haushalt und Prioritäten des Europarats und Folgemaassnahmen zum Gipfel von Reykjavík» und «Spirale der Gewalt und humanitäre Krise im Nahen Osten: Suche nach einem friedlichen Ausweg» statt.

Sonderveranstaltung zum Vigdís-Preis

Im Rahmen der Sitzung des Ständigen Ausschusses organisierte die liechtensteinische Delegation in Zusammenarbeit mit dem Sekretariat der Versammlung des Europarats eine Podiumsdiskussion zum Vigdís-Preis für die Stärkung der Rolle der Frau. Mit dem mit EUR 60'000 dotierten Preis werden jährlich herausragende Initiativen ausgezeichnet, die sich für die Stärkung der Rolle der Frau in ihrer ganzen Vielfalt einsetzen. Das Spektrum reicht von Erfolgen bei der Gleichstellung der Geschlechter über die gleichberechtigte Teilhabe an und den Zugang zu Entscheidungsprozessen bis hin zu Massnahmen zur Förderung einer integrativen Politik und Praxis. Dieser neu geschaffene Preis wird jeweils während der Juni-Sessionswoche der Parlamentarischen Versammlung verliehen.

Der Preis ist eine gemeinsame Initiative der isländischen Regierung und der Parlamentarischen Versammlung und würdigt die ehemalige isländische Präsidentin Vigdís Finnbogadóttir, die als erste Frau der Welt zum Staatsoberhaupt gewählt wurde. Die Sonderveranstaltung in Vaduz würdigte den Preis und rief zur Nominierung von Kandidaten für die erste Ausgabe auf.

Die interaktive Podiumsdiskussion wurde von Mariia Mezentseva, der Vorsitzenden des Ausschusses für Gleichstellung und Nichtdiskriminierung, moderiert. Es nahmen die folgenden Personen teil:

- Tiny Kox, Präsident der Versammlung
- Bernadette Kubik-Risch, Expertin für Chancengleichheit, Liechtenstein
- Wilfried Marxer, Präsident der Vereinigung für Menschenrechte, Liechtenstein
- Rósa Björk Brynjólfssdóttir, Mitglied des Auswahlgremiums für den Vigdís-Preis, Büro des isländischen Premierministers

Die Teilnehmenden diskutierten Fragen zu Menschenrechten im Allgemeinen, über die Meilensteine und möglicher Handlungsbedarf in der Liechtensteinischen Gleichstellungspolitik, die transformative Kraft der Gleichstellung der Geschlechter sowie mögliche Massnahmen um die Stärkung der Rolle der Frauen vollständig zu erreichen.

V. Zusammenarbeit

Jeweils vor den Sessionen traf sich die Delegation zur Vorbereitung per Videokonferenz mit Botschafter Domenik Wanger und seinen Mitarbeitenden welche die Delegationsmitglieder über die neusten Aktivitäten des Europarats aber auch über Liechtenstein relevante Themen informierte. Des Weiteren stand die Delegation im Berichtsjahr in Kontakt mit dem Ministerium für Äusseres, dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten und der Ständigen Vertretung in Strassburg.

VI. Kostenaufwand der Delegation

Im Jahr 2023 beliefen sich die Reisekosten/Spesen der Delegation auf CHF 24'842 (Vorjahr CHF 19'456). Die Taggelder in derselben Zeitspanne beliefen sich auf CHF 43'400 (Vorjahr CHF 29'400). Die Kosten für das durchgeführte zweitägige Treffen des Ständigen Ausschusses in Vaduz beliefen sich auf CHF 108'588. Für die Beitragskosten an den Europarat zeichnet sich die Regierung verantwortlich.

VII. Weitere Informationsquellen

Ausführliche Informationen zu den Sessionsen wie die Traktandenlisten, Berichte und Entschliessungen, Protokolle und Videoaufzeichnungen der Debatten sowie Abstimmungsergebnisse können auf der Homepage der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (<http://www.assembly.coe.int>) eingesehen werden.

VIII. Schlusswort und Antrag

Es würde hier diverse Möglichkeiten für verschiedenste Ausführungen geben. Sei dies über die Inhalte der Debatten während den Sessionswochen oder die verschiedenen Treffen in Strassburg. Ich möchte mich jedoch bewusst auf unseren grossen Meilenstein im Jahr 2023, die wichtigsten Erkenntnisse sowie die Dankesworte beschränken.

Für die liechtensteinische Delegation begannen bereits im Herbst 2022 die Vorbereitungen für die bevorstehende Vorsitzzeit. Das erste Halbjahr 2023 war folglich geprägt von diversen Vorbereitungssitzungen mit der Delegationssekretärin sowie mit den Delegationsmitgliedern. Die Organisation des Ständigen Ausschusses stellte für uns als Delegation neben unseren täglichen Arbeitsstellen und unserer Landtagsarbeit eine grosse Herausforderung dar. Dennoch stemmten wir gemeinsam mit der grossartigen Unterstützung des Parlamentsdiensts die Organisation dieser Veranstaltung. Die zahlreichen positiven Rückmeldungen und unzähligen lobenden Worte der Teilnehmenden freuten uns sehr. So wurde der Empfang auf Schloss Vaduz als äusserst erfreuliches Ereignis angesehen, manche sprachen sogar von einem Kindheitstraum, den wir in Erfüllung bringen konnten. An dieser Stelle ist es mir wichtig, mich herzlich bei der Delegation, der Delegationssekretärin, dem Parlamentsdienst und allen anderen Involvierten herzlich für ihr ausserordentliches Engagement vor und während des Ständigen Ausschusses zu bedanken.

Durch die Teilnahme an den Sitzungen des Ständigen Ausschusses sowohl in Reykjavik im November 2022 und in Riga im Mai 2023 konnte die Sichtbarkeit Liechtensteins erhöht werden. Sie stellten sich als äusserts gewinnbringend dar und sollten auch in Zukunft als festen Bestandteil der Arbeit der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats aufgenommen werden. Die Möglichkeit von bilateralen Austauschgesprächen mit den verschiedenen Delegationen bis hin zu informellen Gesprächen sei es mit der Generalsekretärin des Europarats, dem Präsidenten oder auch der Generalsekretärin der Parlamentarischen Versammlung des Europarats werden durch die regelmässige Teilnahme möglich und erhöhen die Wahrnehmung Liechtensteins sehr.

Bereits bei den beiden Sessionswochen vor der Übernahme des Vorsitzes war die Delegation mit möglichst allen vier Abgeordneten vertreten. Durch die Teilnahme der gesamten Delegation vor Ort konnte ein aktiveres Mitwirken während den Fraktionssitzungen und Plenarsitzungen sowie eine sichtbarere Beteiligung an den Ausschusssitzungen durch die Abgeordneten ermöglicht werden.

Durch die Möglichkeit, als ALDE-Vizepräsidentin mitzuwirken sowie durch den Einsitz im Präsidium der Versammlung erfuhren wir jeweils wichtige Informationen bereits vor den Sessionswochen rund um den Ablauf und die Themensetzungen. Es entstanden dadurch auch Möglichkeiten, im Namen der Fraktion sprechen zu dürfen und aktiv bei den Entscheidungen oder Fraktionsmeinungen mitzuwirken und erneut die Sichtbarkeit und Wahrnehmung der liechtensteinischen Delegation zu stärken.

Die Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarats möchte sich an dieser Stelle ganz herzlich bei Botschafter Domenik Wanger, dem Ständigen Vertreter in Strassburg, sowie seinem gesamten Team namentlich bei Helen Lorez, Sarah Nigg und Christine Arnaud für die grosse Unterstützung vor, während und nach den Sessionswochen bedanken. Ihre Ausführungen und Einschätzungen an den Vorbereitungssitzungen zu den relevanten Themen für Liechtenstein sowie ihr professionelles Einbringen der Regierungsposition beziehungsweise der Position unseres Landes zu den einzelnen Themen sind stets sehr hilfreich für die Delegation. Wir werden jeweils sehr herzlich in Strassburg empfangen, unsere Fragen finden immer eine Antwort und ihr Hintergrundwissen stellen sie uns stets zur Verfügung. Vielen Dank für die äusserts angenehme Zusammenarbeit.

Ein weiterer und vor allem spezieller Dank gilt unserer Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger, welche wesentlich zum Erfolg unserer Arbeit beiträgt. Ihre langjährige Erfahrung und ihr breites Wissen rund um die Vorbereitung der Sessionen und die Abläufe vor Ort in Strassburg würden wir nicht missen wollen. Vielen Dank für den Rundumservice, sei dies die Eintragungen in die Rednerlisten, die Unterstützung bei der Erstellung des Jahresberichts, die Beantragungen beim Präsidium und viele weitere Aufgaben, welche sie für uns übernimmt.

Als Delegationsleiterin möchte ich mich im Besonderen herzlich bei meinen Delegationskollegen Peter Frick, Thomas Hasler und Hubert Büchel für ihr Engagement, ihre Mitarbeit und ihr Vertrauen bedanken. Vielen Dank für die stets positive und professionelle Zusammenarbeit.

Es freut mich abschliessend auch einen Dank an das Landtagspräsidium auszusprechen, welches dem Antrag der Delegation zur Überweisung einer Spende von CHF 5'000 im Namen Liechtensteins als freiwilligen Finanzbeitrag an das Projekt «The Vigdís Prize for Women's Empowerment» der Versammlung des Europarats zugestimmt hat.

Ich bitte den Hohen Landtag, den Jahresbericht 2023 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats zur Kenntnis zu nehmen.

Die Delegationsleiterin

Franziska Hoop

Ruggell, im Februar 2024